



GENDER
OPEN
REPOSITORY

Repository für die Geschlechterforschung

Die Energiewende aus der Geschlechterperspektive

Fraune, Cornelia

2014

<https://doi.org/10.25595/1842>

Veröffentlichungsversion / published version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fraune, Cornelia: *Die Energiewende aus der Geschlechterperspektive*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 23 (2014) Nr. 1, 125-129. DOI: <https://doi.org/10.25595/1842>.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft



Freie Universität  Berlin



www.genderopen.de

Die Energiewende aus der Geschlechterperspektive

CORNELIA FRAUNE

Gibt es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Gender und Energiewende? Die rechtsstaatlich garantierte Nichtdiskriminierung der BürgerInnen sowie die prinzipielle Chancengleichheit innerhalb von Marktgesellschaften lassen Energiepolitik als gender-neutral erscheinen (Clancy/Röhr 2003). Die Sachlage stellt sich indes anders dar.

Energiewende und Wirtschaft und Beschäftigung

Die Effekte der Energiewende auf Wirtschaft und Beschäftigung sind bislang kaum messbar, weil im Zuge der Energiewende nicht einfach ein neuer Produktionssektor entsteht. Die neuen Branchen bzw. Produktionszweige integrieren sich größtenteils in die bestehende Sektorenstruktur (Busch/Gauler/Harsche 2012; Röhr 2002). Auch wenn die Effekte bislang kaum zu quantifizieren sind, so lassen sich theoretisch unterschiedliche Auswirkungen der Energiewende auf die verschiedenen Branchen ableiten. Zu den „Gewinnern“ werden tendenziell solche gehören, die an der Produktion und Zulieferung erneuerbarer Energien-Anlagen beteiligt sind: Maschinen- und Anlagenbau sowie Herstellung von elektrischen Ausrüstungen. Es wird erwartet, dass energie- und emissionsintensive Branchen eher „verlieren“ werden: Bergbau, Herstellung von Metallerzeugnissen, Mineralölverarbeitung, Metallerzeugung und -verarbeitung, Papierproduktion, Glas, Keramik und die chemische Industrie. Für den Dienstleistungsbereich werden hingegen überwiegend positive Effekte bilanziert, insbesondere für Architekten und Bauingenieure; Forschung und Entwicklung sowie für den Finanzdienstleistungsbereich (Busch/Gauler/Harsche 2012).¹

Aus einer genderspezifischen Perspektive stellt sich die Frage, wie sich diese Effekte vor dem Hintergrund des geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarktes darstellen. Am Stichtag 30.06.2011 waren im Bereich der freiberuflichen technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen insgesamt 1.646.294 Personen beschäftigt, von denen 52,6% weiblich waren (Destatis 2011). Ähnlich stellt sich das Verhältnis für den Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen dar, in diesem Bereich waren 56,1% der insgesamt 1.000.595 Beschäftigten weiblich (ebd.).

Im produzierenden Gewerbe stehen zwei „Gewinnerbranchen“ sieben „Verliererbranchen“ gegenüber. Am Stichtag 30.09.2011 waren in den ersteren 1.369.393

Personen beschäftigt, in den letzteren 1.602.256. Leider gibt es für die Branchen des produzierenden Gewerbes keine geschlechtsspezifischen Daten. Insgesamt waren im verarbeitenden Gewerbe plus Bergbau am genannten Stichtag 6.434.217 Personen beschäftigt, von denen 1.614.531 weiblich waren, was einem Anteil von 25,1% entspricht (Regionaldatenbank 2011a). Dementsprechend sind Männer sowohl in den Gewinner- als auch in den Verliererbranchen des produzierenden Gewerbes überproportional vertreten, während die Anzahl der weiblichen Beschäftigten leicht höher in den „Gewinnerbranchen“ des Dienstleistungsbereichs ist.

Energiewende und Energiekonsum

Verschiedene Studien zeigen, dass steigende Energiepreise² einkommensschwache Haushalte in besonderem Maße treffen. Der Grund hierfür liegt in der grundsätzlich regressiven Wirkung von Strompreissteigerungen, der Anteil der Ausgaben für Strom an den gesamten Ausgaben sinkt mit steigendem Einkommen (Neuhoff u.a. 2012).

Im Jahresdurchschnitt 2012 haben insgesamt 6.142.987 Personen in Bedarfsgemeinschaften³ gelebt, davon waren 50,8% weiblich. Von den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren 51,5% weiblich, unter den alleinerziehenden LeistungsempfängerInnen betrug der Frauenanteil 94,2%. Betrachtet man die erwerbstätigen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (ALG II) aus der Geschlechterperspektive, so kann festgehalten werden, dass der Frauenanteil für alle Indikatoren über 50% liegt (Bundesagentur für Arbeit 2013). Bei der Grundsicherung im Alter stellt sich das Verhältnis noch unausgewogener dar: Am Stichtag 31.12.2011 haben insgesamt 436.210 Personen über 65 Jahre diese Leistung bezogen, davon waren 63,8% weiblich (Regionaldatenbank 2011b). Leistungen nach SGB II (ALG II) bemessen sich nach den sogenannten Regelleistungen, die laufende Kosten und einmaligen Bedarf pauschal umfassen sollen (Dünnhoff/Stieß/Hoppenbrock 2006).

Die steigenden Energiepreise fließen zwar in deren Festlegung ein, Studien gehen aber davon aus, dass die Stromkosten nicht in vollem Umfang abgebildet werden, da bedeutende Komponenten des Strompreises nicht mit einberechnet werden (Neuhoff u.a. 2012; Dünnhoff 2006). Einkommensschwache Haushalte sind somit von Strompreissteigerungen in doppelter Hinsicht betroffen. Zum einen steigt der Anteil des Einkommens, der für den Konsum von Strom verausgabt werden muss. Zum anderen sind einkommensschwache Haushalte nicht in gleichem Maße wie einkommensstärkere Haushalte in der Lage, in energieeffizientere Endgeräte zu investieren (Bergs/Glasmacher/Thöne 2007). Frauen sind von diesen Entwicklungen im Vergleich zu Männern überproportional betroffen.

Energiewende und Beteiligung

Die Beteiligung von Frauen und Männern an erneuerbaren Energien-Anlagen ist von einem Widerspruch gekennzeichnet. Einerseits zeigen Studien, dass Frauen tendenziell ein höheres Umweltbewusstsein als Männer aufweisen (Rückert-John/Bormann/John 2013). Andererseits dokumentieren die wenigen Studien über Mitwirkung von Frauen und Männern im Bereich der erneuerbaren Energien einen deutlichen Gender Gap. Frauen sind sowohl in Firmen und Verbänden der erneuerbaren Energien-Wirtschaft als auch im Hinblick auf unterschiedliche Beteiligungsmodelle an erneuerbaren Energien-Anlagen deutlich unterrepräsentiert (Thielmann 2005; Buchholz-Will 2005; Lehr/O’Sullivan 2009).

Die geringe Beteiligung von Frauen in der erneuerbaren Energien-Wirtschaft wird ähnlich wie in der konventionellen Energiewirtschaft auf die geschlechtsspezifische Berufswahl zurückgeführt. Eher technisch orientierte Branchen weisen nach wie vor einen höheren Männeranteil auf (Thielmann 2005, 12; Lehr/O’Sullivan 2009, 9). Im Hinblick auf die Beteiligung an erneuerbaren Energien-Anlagen ist die geschlechtsspezifische Einkommens- und Vermögensverteilung von Interesse. Im Verhältnis zu Männern sind Frauen deutlich weniger vollzeitbeschäftigt. Am 30.06.2011 waren 36,7% der Vollzeitbeschäftigten weiblich, bei den Teilzeitbeschäftigten betrug deren Anteil hingegen 82,5% (Regionaldatenbank 2011b). Auch die Verfügbarkeit über Vermögen ist stark geschlechtsspezifisch strukturiert. 2002 verfügten Frauen mit durchschnittlich 67.000 Euro über fast ein Drittel weniger an Vermögen als Männer (96.000 Euro) (Grabka/Frick 2007). Auch in Paarhaushalten besitzen Frauen meist weniger Vermögen als Männer (Krause/Schäfer 2005, 206). Die Ausgestaltung des Steuersystems wirkt vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen verstärkend auf den Gender Gap (Buchholz-Will 2005).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern Frauen als politische Entscheidungsträgerinnen in die Energiewende involviert sind, deren Implementierung vor allem im Rahmen der regionalen und lokalen Planung erfolgt. Der zweite Gleichstellungsatlas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist für das Jahr 2011 in den Länderparlamenten einen durchschnittlichen Frauenanteil von 32,3% aus, für kommunale Vertretungen wie Kreistage und Gemeinderäte von 26,1% (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013).

Die Energiewende ist also kein gender-neutraler Prozess. Gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse prägen diesen Transformationsprozess, der wiederum zur Verfestigung dieser Verhältnisse beiträgt.

Anmerkungen

- 1 Die bei Busch/Gauler/Harsche 2012 verwendete Brancheneinteilung stimmt nicht ganz mit der Klassifikation der Wirtschaftszweige überein, weswegen hier Anpassungen vorgenommen wurden.

- 2 Der Anteil der Ausgaben für Heizkosten (Brennstoffe) an den gesamten Konsumausgaben privater Haushalte übersteigt den der Stromkosten (Neuhoff u.a. 2012). Strompreisentwicklungen sind aber unmittelbarer mit der Energiewende verbunden, deswegen werden an dieser Stelle allein diese betrachtet.
- 3 Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft regelt die Zusammensetzung einer wirtschaftlichen Einheit, d.h. welche Einkommen auf den Anspruch auf Sozialleistungen angerechnet werden. Nach dem SGB II sind Zusammenlebende einstandspflichtig: Paare unabhängig von ihrem rechtlichen Verhältnis, Eltern bzw. Stiefeltern und Kinder (Berghahn 2008).

Literatur

Berghahn, Sabine, 2008: Die „Bedarfsgemeinschaft“ gemäß SGB II: Überwindung oder Verfestigung des männlichen Ernährermodells? In: Klute, Jürgen/Klotenga, Sandra (Hg.): Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nach Hartz. Göttingen, 143-168.

Bergs, Christian/Glasmacher, Gregor/Thöne, Michael, 2007: Auswirkungen stark steigender Preise für Öl und Gas auf Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW. Köln.

Buchholz-Will, Wiebke, 2005: Beteiligungsmodelle erneuerbare Energien/Windkraftanlagen – nur für männliche Besserverdiener? Berlin.

Bundesagentur für Arbeit, 2013: Arbeitsmarkt in Zahlen 2012. Nürnberg.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2013: 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Berlin.

Busch, Uwe van den/Gauler, Anja/Harsche, Johannes, 2012: Auswirkungen der Energiewende auf die hessische Wirtschaft. Report Nr. 828. Wiesbaden.

Clancy, Joy/Röhr, Ulrike, 2003: Gender and Energy: Is There a Northern Perspective? In: Energy for Sustainable Development. 7 (3), 16-22.

Destatis, 2011: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Wirtschaftszweige. Internet: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online.jsessionid=4A2E9E59184587D5548DDAD800056D53.tomcat_GO_1_2?operation=previous&levelindex=3&levelid=1390994830402&step=3 [29.1.2014].

Dünhoff, Elke/Stieß, Immanuel/Hoppenbrock, Cord, 2006: Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Heidelberg, Frankfurt/M.

Grabka, Markus/Frick, Joachim, 2007: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: DIW-Wochenbericht 45/2007, 665-672.

Krause, Peter/Schäfer, Andrea, 2005: Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter. In: DIW-Wochenbericht 11/2005, 199-207.

Lehr, Ulrike/O'Sullivan, Marlene, 2009: Beschäftigungsstruktur im Bereich Erneuerbarer Energien. Osnabrück.

Neuhoff, Karsten/Bache, Stefan/Diekmann, Jochen/Beznoska, Martin/El-Laboudy, Tarik, 2012: Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden. In: DIW-Wochenbericht 41/2012, 3-12.

Regionaldatenbank, 2011a: Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau u. Gewinnung von Steinen und Erden: Betriebe u. Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen. Internet: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=A913F021034CD3C929C7FD2909C28929?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1390996105642&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&select ionname=001-51-4&auswahltext=%23Z-30.09.2011&werteabruf=Werteabruf> [29.1.2014].

Regionaldatenbank, 2011b: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Internet: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=F2AD156AF17D9929E083C6E11BAD73A?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1391003680963&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=333-31-4&auswahltext=%23SHRKRRLB-DG%23Z-31.12.2011&werteabruf=Werteabruf> [29.1.2014].

Röhr, Ulrike, 2002: Geschlechterverhältnisse bei den erneuerbaren Energien – Der Blick aus dem Norden. Internationale Konferenz für erneuerbare Energien (Renewables2004). http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/gm_rn04_de/Gender_RE_Industrielaender.pdf [18.4.2013].

Rückert-John, Jana/**Bormann**, Inka/**John**, René, 2013: Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012. Berlin.

Thielmann, Gabriele, 2005: Frauen im Bereich der „Erneuerbaren Energien-Wirtschaft“. Ergebnisse einer Umfrage bei Initiativen, Verbänden und Unternehmen. Frankfurt/M.

Bangladeschs Textilindustrie nach der Katastrophe von Savar – Business as usual oder nachhaltige Veränderungen?

ELISABETH FINK

Der Fabrikeinsturz von Savar im April 2013 forderte über 1.200 Tote und ist somit nicht nur das verheerendste Fabrikunglück Bangladeschs, sondern ebenso die weltweit tödlichste Tragödie in der Geschichte der Textilindustrie. Obgleich das Ausmaß dieser Katastrophe, bei dem zudem über 2.500 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, folglich seinesgleichen sucht, reiht sich Savar in eine Vielzahl von Fabrikeinstürzen und -bränden in der bangladeschischen Textilindustrie ein. Nur fünf Monate zuvor starben 112 ArbeiterInnen in einem Fabrikbrand in Ashulia – einem Vorort Dhakas unweit von Savar. Ferner wird auf Basis konservativer Schätzungen davon ausgegangen, dass allein bei Fabrikbränden seit 1990 mehr als 1.000 ArbeiterInnen in 275 Vorfällen ums Leben kamen und ca. 3.000 ArbeiterInnen verletzt wurden (Claeson 2012). Gravierende Mängel in der Gebäudesicherheit und im Brandschutz stellen in der Textilindustrie Bangladeschs somit alles andere als eine Seltenheit dar und sind seit langem weithin bekannt. Daher sind die effektive Umsetzung von diesbezüglichen Arbeitsschutzmaßnahmen neben der Erhöhung des Mindestlohns¹ sowie der Gewährung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen die gegenwärtig drängendsten Forderungen der ArbeitnehmerInnenvertretung. Dieser Beitrag beleuchtet den Unglückshergang von Savar und befasst sich mit den Konsequenzen, die hieraus bisher gezogen wurden. Er basiert unter anderem auf Interviews, die zwischen 2010 und 2012 in Dhaka mit VertreterInnen von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisa-